

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 10/55. Jahrgang

Oktober 2024

Schutzgebühr: 0,40 €

Rosskur für ein zu Tode gerittenes Pferd

„Die Stimmung der Unternehmen ist im Sinkflug.“ Dies ist die ernüchternde Bilanz, die ifo-Präsident Clemens Fuest bei der Vorstellung der jüngsten Konjunkturdaten seines Instituts zog (ifo: Institut für Wirtschaftsforschung). Der ifo-Geschäftsklimaindex sank von 87,0 Punkten im Juli auf 86,6 im August. Das war der dritte Rückgang des wichtigen deutschen Konjunkturbarometers in Folge und der tiefste Stand seit Februar. Was die Bundesregierung tun müsse, um die deutsche Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, beschrieb Fuest kurz darauf in einem Gastbeitrag in der „Welt am

Sonntag“. Hier steht – wenig überraschend – *nicht* ein längst überfälliger Politikwechsel im Interesse der Lohnabhängigen im Fokus des Münchner Ökonomen. Stattdessen soll die seit Jahren praktizierte neoliberale Rosskur forciert werden. In der Konsequenz wird einer Vermögenssteuer eine Absage erteilt.

„Das würde den Rückgang der privaten Investitionen verschärfen und den wirtschaftlichen Niedergang beschleunigen“, so Fuest. Ähnliches gelte für neue Mietdeckelungen oder Enteignungen am Wohnungsmarkt.

Geht es nach dem ifo-Präsidenten, werden die steuerlichen Abschreibungsbedingungen weiter

verbessert und in den kommenden Jahren die steuerliche Belastung von einbehaltenen Gewinnen für Kapitalgesellschaften schrittweise auf 25% gesenkt. Die breite Masse hingegen soll den Gürtel enger schnallen. „Ein Ersetzen des Ehegattensplittings durch Realsplitting könnte einen Beitrag

leisten, damit mehr Menschen sich einen Job suchen“, so Fuest. Außerdem fordert er stärkere Arbeitsanreize bei den Sozialtransfers. Mit anderen Worten: Durch Leistungskürzungen und verschärfte Zumutbarkeitsregeln soll der Druck auf Bürgergeldempfänger weiter erhöht werden. Außerdem müssten

Fortsetzung auf S. 2



Stichwortgeber für die Medien: ifo-Chef Fuest (Mitte) (Foto: © ifo Institute)

Kreuzworträtsel	S. 2
Kall, mei Drobbe Stadt-Fakes, Museum bekommt neuen Namen	S. 3
Sommerfest und 1. Sep.	S. 4
Landtagswahlen in neuen Bundesländern	S. 5
Sozial- und Steuerpolitik	S. 6
Krieg in Gaza, Buchvorstellung zum Ukraine-Krieg	S. 7

Machtspiele und Zerstörungswut des Magistrats am Schwanenteich-Weg

Im Frühjahr 2021 sperrte die Stadtregierung den Weg am Schwanenteich zwischen Brücke und THM-Plateau. Die Scheinbegründung: Löcher im Weg, die man mit herkömmlichen Mitteln hätte schließen können. Der Magistrat hält stur an seinem Entschluss fest, den Weg abzuholzen. Gleichzeitig lässt er ihm bekannte Alternativen nicht zu. Da er aber bisher durch die Unterschriften zum zweiten Bürgerbe-

gehren am Abholzen gehindert wird, wurden kurzerhand Sperrgitter angebracht. Seitdem ist der Durchgangsweg dem Verfall preisgegeben. Wasservögel freut es, Fußgänger weniger.

Es wurde noch schlimmer: Die Stadt griff selbst zum Spaten und ließ den Weg durchstechen, damit für den Bau des Nebengerinnes

Fortsetzung auf S. 2

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Fortsetzung von Seite 1:

Rosskur für ein zu Tode gerittenes Pferd

Bürokratie und Regulierungen eingedämmt werden. Beim Lieferkettengesetz, das Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichtet, sollten etwa allgemeine Verhaltensregeln mit Stichprobenkontrollen die flächendeckenden Berichtspflichten ersetzen. Das neoliberale Manifest schließt mit der Forderung nach einer Vertiefung des EU-Binnenmarkts und neuen Freihandelsabkommen mit Drittstaaten. **In der Medizin setzen verantwortungsvolle Ärzte ein Medikament ab, wenn es dem Patienten schadet. Scharlatane erhöhen die Dosis. In der Wirtschaftspolitik hat letzteres aktuell Konjunktur.**

Ulf Immelt

Fortsetzung von Seite 1:

Machtspiele und Zerstörungswut des Magistrats am Schwanenteich

zur Wiesek ein Teilstück der Wiesek trockengelegt werden konnte. Inzwischen wurden Sandsäcke in das Loch gestopft. Die Stadtregierung ließ also mutwillig einen öffentlichen Weg beschädigen.

Hintergrund des Affentheaters: Besonders die Grünen im Stadtparlament sind zornig, weil das Gießener Volk nicht ihren *Kahlschlagsplänen* zustimmt. Zweimal durchkreuzten erfolgreiche Bürgerbegehren der Bürgerinitiative „Rettet die Bäume am Schwanenteich“ ihre Pläne. Zweimal wurden

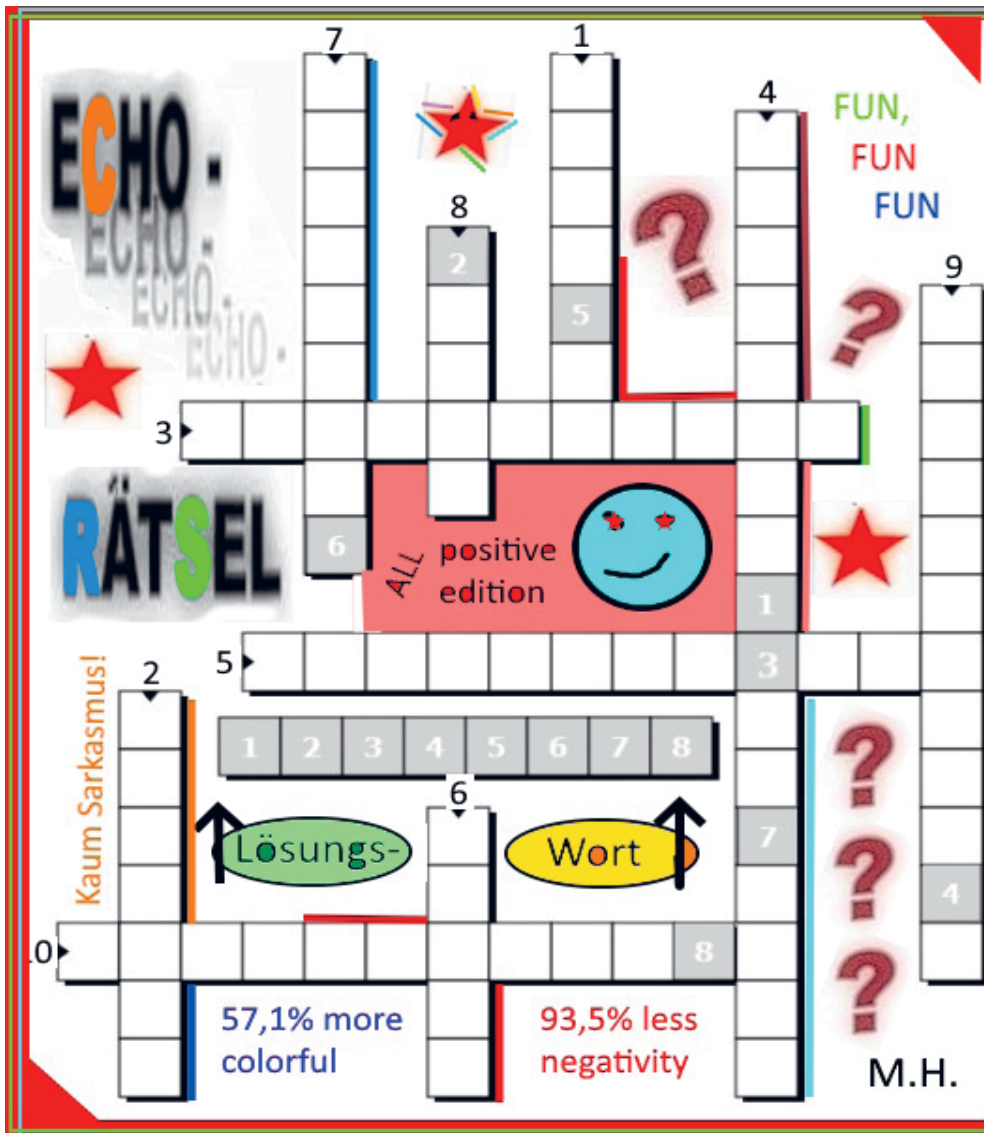
weit über 5.000 Unterschriften gesammelt.

Das Stadtparlament musste zustimmen, wollte es nicht „sein Gesicht“ verlieren.

Die Bindung des Stadtparlaments läuft am 15.12.2025 aus. Danach sollen wieder die grünen Grünen Kettensägen am Schwanenteich regieren.

Die Bürgerinitiative formt sich erneut. Interessierte sind herzlich willkommen. Weitere Infos gerne unter giessen@dgp.de

M. Berger



- 1 Freudiger Ausruf (unpolitisch)
- 2 Farbe einer Brille, mit der man alles positiv sieht.
- 3 Schöne Zukunft (politisch)
- 4 Supi! Problem für die meisten von uns aus der Welt! Denn „wir“ haben die Suche danach um 50 Jahre verschoben.
- 5 Denen geht es auch dank Steuergeschenken richtig gut.
- 6 Endlich Abrüstung! Die Ukraine entsorgt deutsche Panzer im russischen...
- 7 Das hat schon seit 74 Jahren keiner mehr auf eine Stadt abgeworfen (und damals hat es nicht mal Gießen getroffen) – also: freuen, freuen, freuen!
- 8 78,2% der Kinder in Deutschland sind nicht davon betroffen. (Nicht auf die anderen 21,8% gucken!!!)
- 9 Positive Eigenschaft des hessischen Verkehrsministeriums (bewiesen im kreativen Umgang mit Zahlen, die zu unsinn... .. äh ... lustigem Vergrämen geschützter Arten führen)
- 10 Bürokratieabbau kommt voran!!! Die Regierung baut das komplizierte „Freiheitlich-demokratische“ ab, bald haben wir nur noch ...

Lösungswort an giessen@dgp.de. Die ersten 10 richtigen Einsendungen bekommen einen Preis. 1. Preis: Der Ukrainekrieg von Lothar Schröter

Kurz und Gießen

Kall,
mei Drobbe!



...werden Schulen in Zukunft auch geschlossen, wenn Software installiert werden muss?

Ausländerbehörde

Abt. des Ordnungsamts

Berliner Platz 1
35390 Gießen

Geschlossen:

Vom 9. bis 13. September 2024 wegen umfangreicher technischer Umstellungen geschlossen.

☎ 0641 306-2280
📠 0641 306-2303
E-Mail

Wie Stadtregierung und Förderverein Fakes produzieren: Stadt-Fake Nr.1

Wer in diesem Sommer durch die Wieseckau spaziert, dem springen sofort die großen Stelltafeln an jeder Ecke ins Auge und ins Gehirn bzw. auf den Geist. Links ein Foto in Grautönen – rechts die bunte Welt. Links war früher, rechts ist heute. Und früher heißt nicht vor unserer Zeitrechnung, sondern vor der Landesgartenschau (LAGA) 2014. Es soll also

suggestiert werden: Die LAGA hat aus unserem grauen Dasein eine bunte Welt gemacht, früher war alles öde und traurig. Wer sich das ausgedacht hat, der glaubt, dass er mit diesem platten Trick die Gießener für blöd verkaufen kann. Die Plakate, die wohl vom Promi-Förderverein (Lions, Sommerlad usw.) finanziert wurden, sollen die ökologischen



und Finanzpleiten und Pannen der LAGA vergessen machen. Aber nach zehn Jahren noch damit die Wieseckau zu verschandeln, ist eine Schande. Eine Menge neu gepflanzter Bäume hätte's eher als Wiedergutmachung getan!

Stadt-Fake Nr. 2



Dichtung und Wahrheit



So sieht ihn der Gießener Förderverein - Hier die Wirklichkeit

Hitzerekorde ohne Ende und der Kirchenplatz ohne Bäume. Das ist kein Problem für die schein-grüne Regierungskoalition und „ihren“ Förderverein: Werbeagentur beauftragt, jeweils ein Baum rechts und links im Vordergrund, hinten die Kirche, rechts Marktstände, damit man die Leere nicht bemerkt. Schon ist der Öko-Fake fertig! Hauptsache die Leute glauben die grüne Illusion.

Oberhessen ade, MfG kommt

Der Magistrat hat einen für Gießens Zukunft wegweisenden Schritt beschlossen: Das Oberhessische Museum soll zukünftig MfG heißen. In diesem Fall ist das kein freundlicher Gruß am Ende eines Schreibens, sondern eine Abkürzung für „**Museum für Gießen**“. Angeblich können mit dem Begriff „oberhessisch“ nur noch einige alte Leute etwas anfangen. Zurzeit würden zwei Drittel der Studenten Gießen verlassen, ohne dieses Museum besucht zu haben. Ins MfG würden

sie dagegen in Scharen strömen. Kaum jemand geht des Namens wegen in ein Museum.

Es kommt darauf an, was dort gezeigt wird, und ob das Museum ein stimmiges Konzept hat, das die Besucher begeistert.

In Gießen ist man nicht einmal dazu in der Lage, die Schaukästen vor den Museen wie z. B. am alten Schloss ansprechend und aktuell zu gestalten.



„Wichtiger [als die Namensänderung] sei vielmehr eine gute inhaltliche Arbeit, die Neugier und Interesse durch die Vielfalt interessanter und ansprechender Angebote für unterschiedliche Zielgruppen wecke.“
(Oberhessischer Geschichtsverein in Gießener Allgemeine, 24.05.2024)

Sommerfest – mit den Roten im Grünen

Bestes Wetter und leckeres Essen – das sind zwei wichtige Zutaten für ein gelungenes Sommerfest. Zu dem Fest gehörte auch ein spannendes Programm. Das begann mit einer kämpferischen Rede des Kreisvorstands. Ob zum Antikriegstag oder am 3. Oktober in Berlin: Der Widerstand gegen Krieg und Aufrüstung müsse bei jeder Gelegenheit auf die Straße getragen werden. Die Friedenskräfte sammelten sich trotz medialer Kriegshetze und staatlicher Repression.

Die Antifaschistische Revolutionäre Aktion Gießen (ARAG) führte das Theaterstück „Die Parade der Krisengewinner“ auf. Das Stück stellt dar, wie Krisengewinner sich an der Arbeiterklasse bereichern und ihre Profite in Aktien von Konzernen und Rüstungsindustrie stecken. Die Beschäftigten, die den Reichtum schaffen, können ihre Situation nur im gemeinsamen Kampf auf der Straße und in den Betrieben verbessern.

Zwei Freunde und Genossen aus Kuba berichteten von der schwie-



rigen wirtschaftlichen Lage, in der sich die Insel befindet, und der Entwicklungen in der Politik des sozialistischen Landes – etwa die neue Verfassung, die am 24. Februar 2019 verabschiedet wurde. An ihr hatten Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft mitgearbeitet. Die kubanischen Gäste berichteten auch aus ihrem persönlichen Alltag.

Gut besuchte Runden zu den Themen „Imperialismus heute“,

„Aktuelle Rolle der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung“ und zwei Kreativworkshops rundeten das Programm ab.

Das Sommerfest klang am Lagerfeuer aus, wo wir bis spät in die Nacht diskutierten, feierten und sangen. Mitglieder und Freunde der DKP Gießen tankten Kraft für kommende Kämpfe.

Martina Lennartz

Antikriegstag in Gießen



Seit 1959 gehen Gewerkschaften und Friedensgruppen unter dem Motto „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“ am 1. September auf die Straße.

Das Friedensnetzwerk, der DGB und die Omas gegen Rechts riefen dieses Jahr zu einem antimilitaristischen Stadtrundgang auf, dem etwa 60 Personen folgten. Dieser Rundgang war in fünf Stationen aufgeteilt. Er begann am Relief an der ehemaligen Bergkaserne beim Lär-

chenwäldchen (Licher Straße).

Am zweiten Denkmal, *Denkmal für das Kampfgeschwader Greif* mit trauernder Witwe (Gabelung zur Grünberger Straße), kritisierte Martina Lennartz (DKP), dass in der Inschrift des Denkmals die Untaten des "Greif-Geschwaders" nicht benannt und verurteilt werden. Stattdessen ist dort von „gefallenen Kameraden“ im selben Atemzug mit den Opfern der NS-Verbrechen und den Opfern der Luftangriffe dieses

Geschwaders die Rede. Beweggründe, Ursachen und Verursacher (einschließlich deutscher Unternehmen) werden dort nicht mehr erörtert. Diese Opfer-Täter-Gleichsetzung stellt eine Verhöhnung der Opfer dar, auch wenn die Intention eine andere gewesen sein mag.

Am Denkmal für die Heimkehrer in der Ostanlage erinnerte Marie Gillissin (OgR) daran, dass an den Kriegen nur die Rüstungsindustrie verdiene. Am Kriegerdenkmal des Ersten Weltkriegs betonte Christian Momberger (Friedensnetzwerk), es sei dringend und wichtig, dass sich alle der vollständigen Militarisierung der Gesellschaft widersetzen. Am Kirchenplatz beendete Klaus Zecher (DGB) den Stadtrundgang und betonte: "Es ist höchste Zeit, die Eskalation militärischer Gewalt zu beenden. [...] Mit dem Friedensgebot in der Verfassung hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, als gleiches Mitglied in Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Wir fordern die Bundesregierung auf, dieses Gebot mit neuem Leben zu füllen." ML

Neben-Wieseck wird immer teurer

Eines der überflüssigsten Gießener Bauprojekte wird immer teurer. Das Nebengerinne der Wieseck zwischen Schwimmbad und Schwanenteich wird nicht wie anfangs veranschlagt 1,2 Mio. Euro kosten, nicht 1,6 Mio. wie nachträglich genehmigt, sondern mindestens 2,2 Mio. Die Mehrkosten waren eigentlich voraussehbar: Hochwasser, Wetter, Beschaffung und Entsorgung von Material. Wenn der hohe Preis gleich bekannt gewesen wäre, hätte es im Stadtparlament wahr-

scheinlich mehr Bedenken gegeben – obwohl die Koalition aus Grünen, SPD und Fraktion Gießener Linken sowieso alles beschließt, was der Magistrat vorlegt.

Möglicherweise droht demnächst eine noch höhere und sinnlosere Ausgabe. Einige Surf-Fans wollen auf der trägen dahinfließenden Lahn eine künstlich erzeugte Surf-Welle erschaffen. Angeblich würden dann viele Surfer nach Gießen kommen, anstatt nach Portugal oder Hawaii zu fliegen. Für die Gäste müssten

dann auch zusätzliche Parkplätze angelegt werden, denn kaum einer würde sein Brett mit dem Lasten-fahrrad transportieren. Statt diese Schnapsidee zu ignorieren, befasst sich der Magistrat ernsthaft damit und hat schon einige Zehntausende Euro in Vorstudien investiert.

Es wird in ein Vergnügungsprojekt investiert, obwohl Geld in vielen anderen sozialen Projekten fehlt.

Gernot Linhart

Geld für Gesundheit, Bildung & Soziales!
Arbeitsplätze sichern – Kriegstreiber stoppen!

Sagen, was ist!

Tel.: 0201 177889-15
abo@unsere-zeit.de | unsere-zeit.de

Illustration: Kay Strubhaus

6 Wochen kostenlos testen: www.unsere-zeit.de/abo/

Kriegs-hetze to go? Nicht mit uns!

2 Wochen testen.

junge Welt

Das kostenlose Probeabo endet automatisch und muss nicht abbestellt werden.

2 Wochen kostenlos testen:
www.jungewelt.de/abo/probeabo.php

Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg: Das bürgerliche Regime wackelt

Die bürgerliche Presse redet von einer Zeitenwende und meint damit vor allem den Erfolg der AfD.

Häufig wird auch die alte Totalitarismustheorie bemüht: *Der böse „Linksextremismus“ – BSW und der „Rechtsextremismus“ – AfD würden die „gute“ bürgerliche Mitte in die Zange nehmen.*

Kriegsgefahr, grassierende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und die Krise des Weltkapitalismus treffen auf eine weitgehend entpolitisierte und individualisierte Bevölkerung, die das Mantra „Der Kapitalismus darf nicht infrage gestellt werden“ grundsätzlich akzeptiert.

Bürgerlichen Parteien verlieren an Boden. Ein wachsender Teil der Bevölkerung verliert die Hoffnung, dass die Bürgerlichen die Probleme

in den Griff bekommen.

Der Wahlerfolg der AfD hat also wenig mit dieser Partei selber zu tun.

Die AfD profitiert vom Rechtsruck sämtlicher etablierter Parteien und ihrer unsozialen Politik. Die Reaktion vieler Wählerinnen und Wähler ist die Konsequenz, wenn der Kapitalismus nicht infrage gestellt werden darf. Die bürgerlichen Parteien schüren Migranteneindlichkeit, Nationalismus und Militarismus, um die zunehmend explosive Stimmung nach rechts zu kanalisieren. Keine dieser Parteien spricht die einfache Wahrheit aus: Kein Flüchtling trägt Verantwortung für die Schließung von Krankenhäusern oder für Altersarmut. Die arbeitgeberfeindliche Politik durch angeblich „linke“ Parteien – in der sie sich von CDU, FDP oder AfD

nur marginal unterscheiden – und die systematische Unterdrückung des Klassenkampfes durch viele Gewerkschaftsführungen im Namen der Sozialpartnerschaft haben den Begriff „links“ in Verruf gebracht. Rechte Demagogen sind daher in der Lage, soziale Empörung, Existenzängste, den Hass auf die Arroganz der Herrschenden und selbst die Opposition gegen Krieg für ihre reaktionären Ziele auszuschlachten. Der „Westen“ will die Bevölkerung für den Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten mobilisieren und gleichzeitig die demokratischen und sozialen Rechte der Arbeiterklasse weiter einschränken.

Henning Mächerle

Siehe auch Artikel "Demokratie in Gefahr" auf Seite 6

Demokratie in Gefahr Konzept zu ihrem Schutz (Achtung Satire)

Thüringen und Sachsen haben gewählt. Die demokratischen Parteien, die niemals etwas anderes als das Volkswohl im Sinne hatten, fuhren vernichtende Niederlagen ein, und die von finsternen ausländischen Mächten gesteuerten Feinde alles Guten, Wahren und Schönen gewannen. Dass ein dermaßen unpassendes Ergebnis einer demokratischen Wahl nicht demokratisch sein kann, muss jedem aufrechten Medienkonsumenten und Demokraten sonnenhell einleuchten.

Die Ursache ist klar: Die Bewohner des fraglichen Gebiets wurden

in einer abgrundtief bösen Diktatur sozialisiert und haben demokratische Willensbildung nie erlernt, ja, sie verachten und hassen gar die Demokratie. Und das trotz bester Medienarbeit, die für sie stets das Gute vom Bösen schied.

Abhilfe: Aufhebung der Gültigkeit des Grundgesetzes für das „Beitrittsgebiet“ (im Folgenden neuartigerweise „Zone“ genannt). Konsequenterweise fällt sämtlicher rechtliche Ballast wie Straf- und Zivilrecht, der stets ein Hemmschuh für erfolgreiches Wirtschaften war, gleich mit ab. Bewohner der

Zone werden vogelfrei, stehen als Sklaven und Kanonenfutter für die strahlende Zukunft des freien und demokratischen Unternehmertums zur Verfügung und sie sind vor der Möglichkeit falscher Willensbildung geschützt. Die Errichtung einer befestigten Grenze wird notwendig, ein lächerlich geringer Preis für alle Vorteile.

Kritiker werden freilich diesen Vorschlag als legalistisch abtun, ist es doch so viel cooler, sich über lästiges geltendes Recht einfach hinwegzusetzen.

Michael Drees

Sozial- und Steuerpolitik: Sanktionen gegen Bedürftige, die Reichen werden geschont

Im ersten Jahr der Koalition aus SPD, Grünen und FDP konnte man den Eindruck gewinnen, die SPD als stärkste Partei im Bündnis wolle Schandtaten aus der Zeit der Schröder/Fischer-Regierung korrigieren. So wurde das Arbeitslosengeld 2 („Hartz 4“) in „Bürgergeld“ umbenannt. Die damit verbundenen Schikanen und Sanktionen wurden abgemildert. Außerdem wurde der Mindestlohn leicht erhöht. Inzwischen machte die Koalition fast alles rückgängig. Sanktionen wurden wieder eingeführt, das Bürgergeld soll trotz Teuerung vor allem für Lebensmittel nicht erhöht werden. Der

Mindestlohn wird nicht entsprechend der Geldentwertung angehoben.

Die Hetze gegen Empfänger von Sozialleistungen wird schärfer. Angeblich gibt es Hunderttausende Bürgergeldbezieher, die jede Arbeit verweigern. Es gäbe viele, die ihr Arbeitsverhältnis kündigen, um sich mit dem Bürgergeld ein schönes Leben zu machen. Beweise? Fehlanzeige. Statistiken der Arbeitsagenturen zeigen: Es gibt mehr als doppelt so viele Arbeitslose wie freie Stellen. Dass Stellen manchmal

längere Zeit nicht besetzt werden können, hat mehrere Gründe: geringe Bezahlung, ungünstige Arbeitszeiten, schlechte Verkehrsanbindung u. ä. Die Regierung macht es wie alle ihre Vorgänger: Gespart wird bei denen, die eh schon wenig haben.

Höhere Steuern für Reiche kommen dagegen nicht in Frage. Schlupflöcher für Steuervermeider werden nicht gestopft. Jeder Betriebs- und Steuerprüfer kann ein



Vielfaches seiner Kosten eintreiben. In diesem Bereich wird trotzdem am Personal gespart. Steuerbetrüger haben es umso leichter, je höher ihr Vermögen und Einkommen ist. Durch Cum-Ex- und Cum-Cum-Betrügereien stahlen sie dem Staat etwa 40 Mrd. Euro. Nur etwa 10% des ergaunerten Geldes wurden zurückgeholt. Zu eifrige Steuerfahnder und Staatsanwälte bekommen Ärger mit ihren Vorgesetzten. Die Aufbewahrungsfrist für Dokumente zu Finanzgeschäften wird nun von 8 Jahren auf 7 Jahre verkürzt. Banken atmen auf, sie können verdächtige Akten vernichten. Über Betrügereien bei der Umsatzsteuer wird kaum mehr berichtet. Es ist bekannt, dass es dabei möglich ist, bei grenzüberschreitenden Geschäften Erstattungen für nie bezahlte Steuern zu ergaunern. Wenn bei den Reichen so streng geprüft würde wie bei Empfängern von Sozialleistungen, wäre so viel mehr in der Kasse. Viele Missstände bei Bildung, Gesundheit, Verkehr usw. könnten beseitigt werden.

Gernot Linhart

Stellenabbau in Deutschland		
Unternehmen bauen über 90.000 Stellen ab		
	Deutsche Bahn	-30.000
	ZF	-14.000
	Continental	-13.000
	SAP	-8.000
	Bosch	-3.760
	Tesla	-3.000
	Ford	-2.300
	Vodafone	-2.000
	Webasto	-1.600
	Evonik	-1.500

www.deutschlandkurier.de

Krieg in Gaza und die Heuchelei des Westens

Der Krieg in Gaza ist aus den Schlagzeilen verschwunden. Die Aufmerksamkeit richtet sich auf die sich zuspitzende Lage an der Grenze zum Libanon. Israel verschärfte durch seinen Terroranschlag mithilfe präparierter elektronischer Geräte die Situation. Ziel scheint zu sein, die Hisbollah und den Iran zu unüberlegten Schritten zu verleiten, um so den Vorwand für eine Bodenoffensive im Libanon zu schaffen.

Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zum Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, hat Israel vorgeworfen, Hunger als Kriegswaffe einzusetzen, um die palästinensische Bevölkerung zu vernichten und ihr Land zu beschlagnahmen. Über 70% der Gebäude im Gazastreifen sind zerstört oder beschädigt. Rund sechs Monate nach Kriegsbeginn ist das Ausmaß der Zerstörung im Gazastreifen nach Schätzung der Vereinten Nationen größer als in der Ukraine. Der Wiederaufbau würde bis zu 40 Mrd. Dollar kosten.

In der von Israel beanspruchten Pufferzone sind 90% aller Gebäude zerstört. Diese Pufferzone ent-

spricht ca. 16% der Fläche des Gazastreifens. Israel verstößt auch hier wieder gegen das Völkerrecht. Bis August 2024 wurden mindestens 40.000 Menschen im Gazastreifen getötet und über 90.000 verletzt.

Israel begeht immer wieder Kriegsverbrechen. Das Aushungern des Gazastreifens begann nicht erst seit dem Einmarsch Israels. Schon vor dem 7. Oktober 2023 war etwa die Hälfte der Menschen dort von Hunger bedroht und mehr als 80% waren auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Die israelische Belagerung war eine wesentliche Ursache für diese Situation.

Der Westen ist in seiner Heuchelei kaum zu überbieten. Statt den Völkermord an der Bevölkerung in Gaza zu verhindern, liefert er Israel Waffen und Munition.

Michael Fakhri schreibt in seinem Bericht: „Israel bekundete seine Absicht, alle Menschen in Gaza auszuhungern, setzte die Pläne um und verursachte gezielt eine Hungersnot in ganz Gaza.“

Henning Mächerle

Folgendes Zitat ist Ausdruck davon, dass die imperialistischen Staaten für den Kampf um Rohstoffe und Märkte die gesamte Gesellschaft mobilisieren müssen. Das Drängen von Pistorius nach einem „Mentalitätswechsel“ in der Gesellschaft, damit diese „kriegstüchtig“ wird, unterstreicht dies. Krieg wird in Zukunft das Mittel der Wahl sein, um in diesem Konkurrenzkampf zu bestehen.

„Was allerdings noch fehle, sei das gesellschaftliche Bewusstsein, dass sich „mehr als das Militär“ vorbereiten müsse. In einen „Konflikt oder Krieg“ mit Russland werde „die Gesellschaft als Ganzes“ involviert sein. Bevölkerung und Industrie müssten bereitstehen, Nachschub an Waffen, Munition und Menschen zu liefern. Es sei an der Zeit, dass die Gesellschaften der NATO-Staaten sich klar machten, dass „Krieg und Kampf“ nicht allein Sache einer professionellen Armee seien. Die NATO müsse sich vielmehr gesamtgesellschaftlich auf einen Krieg einstimmen.“
www.german-foreign-policy.com:
Rob Bauer, Vorsitzender des Militärausschusses, 23.01.2024

Kriegspropaganda

Nirgends wird so viel gelogen wie bei der Kriegsberichterstattung. Wer solche Berichte liest, sollte die schon 1928 von Arthur Ponsonby formulierten 10 Gebote der Kriegspropaganda kennen:

1. Wir wollen den Krieg nicht.
2. Der Gegner trägt für alles die Verantwortung.
3. Der Führer des Gegners ist ein Teufel.
4. Wir kämpfen für eine gute Sache.
5. Der Gegner kämpft mit unerlaubten Mitteln.
6. Er begeht mit Absicht Grausamkeiten, wir nur aus Versehen.
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners enorm.
8. Künstler und Intellektuelle unterstützen unsere Sache.
9. Unsere Mission ist heilig.
10. Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter.

Eine Neuerscheinung zur Geschichte des Ukraine-Krieges

Hier sei vorhergesagt: Dieses Buch wird einmal eines der bedeutendsten Nachschlagewerke zum Ukraine-Krieg sein und ist es bereits



jetzt. Allein schon die 680 Anmerkungen zu Quellen, die Bibliografie und das Personenregister machen es zu einem Musterfall guter alter Wissenschaftsschule. Der Band enthält eine umfassende Darstellung des Ukraine-Krieges – seiner Vorgeschichte, seines Ablaufs seit 2014 und seiner Einordnung in die weltpolitische Konfrontation des Westens mit Russland. Auf dem Buchmarkt gibt es zu Lothar Schröters „Der Ukrainekrieg. Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO“ bislang nichts Vergleichbares [...]

aus: Arnold Schölzel in der UZ:
<https://www.unsere-zeit.de/bollwerk-rammbock-aufmarschraum-4791740/>
Der Ukrainekrieg: Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO von Lothar Schröter; Mai 2024; 32 Euro



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

Di. 8.10. um 19 Uhr:
Buchvorstellung "Die Lage" mit Mesut Bayraktar, Veranstalter: ARAG, Anschlussverwendung

Mi. 9.10. um 19 Uhr:
Film und Diskussion: "Weimarer Republik: Arbeiterbewegung und Künstler gegen Faschismus und Krieg", mit Gerd Meyer und Ulf Immelt, Kerkrade-Zimmer

Do. 10.10. um 19 Uhr:
Treffen BI Schwanenteich, Anschlussverwendung

Sa. 12.10. ab 10:30 Uhr:
Kundgebung / Infostand DKP GI, Kugelbrunnen

Di. 15.10. um 19 Uhr:
Lesekreis bei Henning

Mi. 16.10. um 19 Uhr:
Gaza-Krieg – ein Stellvertreterkrieg? Mit Karin Leukefeld, Kongresshalle

Do. 17.10. um 18 Uhr:
Bildungsabend DKP, Ederstr. 16

Mi. 23.10.:
Redaktionsschluss Nov.-Echo

Fr. 25.10. ab 19 Uhr:
Stammtisch DKP GI, Chamäleon, Reichensand 9

So. 27.10. ab 15 Uhr:
Finnissage Zungenspur, mit Unal Tümer, ZiBB, Hannah-Arendt-Str. 10 (siehe rechts)

Mi. 30.10. um 19 Uhr:
Kreismitgliederversammlung DKP GI, Winchester-Zimmer, Kongresshalle

Sa. 2.11. ab 10:30 Uhr:
Kundgebung / Infostand DKP GI, Kugelbrunnen

Mo. 4.11. um 19 Uhr:
Arbeiterwiderstand im Faschismus, Ulrich Schneider (VVN-BdA), Kerkrade-Zimmer

Fr. 13.12. ab 19 Uhr:
Jahresabschlussfeier der DKP GI, Chamäleon, Reichensand 9

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Schon vor **50 Jahren** berichteten wir über die Folgen der von der Gewerkschaft ÖTV erkämpften 40-Stunden-Woche am Uniklinikum. Die Landesregierung weigerte sich, die Arbeitszeitverkürzung durch eine Erhöhung der Zahl der Planstellen auszugleichen.

Vor **40 Jahren** blieben in der Bundesrepublik eine Million Menschen unter 24 Jahren ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Es gab viel zu wenige Lehrstellen für Schulabgänger. Gewerkschaften und linke Organisationen demonstrierten in Gießen wie in vielen anderen Städten für ein Lehrstellengesetz unter der Losung „Für das Recht auf Arbeit und Ausbildung – gemeinsam gegen Rechts“.

Vor **30 Jahren** protestierten Eltern gegen Baumängel in einer neuen Kindertagesstätte in Wieseck. In zwei Gruppenräumen waren die Kinder einem viel zu hohen Lärmpegel

ausgesetzt. Bei Baukosten von ca. zwei Millionen DM waren 30.000 DM für Lärmschutzdecken eingespart worden.

Vor **20 Jahren** demonstrierten in Gießen und 200 anderen Städten viele Menschen gegen die Agenda 2010, sowie die damit verbundenen Hartz-Gesetze. Die damals begonnenen Montagsdemonstrationen gibt es, wenn auch in kleinerem Umfang, noch heute – in Gießen jeden Montagabend bei den drei Schwätzern.

Vor **10 Jahren** endete die Landesgartenschau. Statt der erwarteten 700.000 Besucher waren nur 500.000 gekommen. Inhaber von Dauerkarten wurden bei jedem Besuch gezählt, ebenso Studenten, die umsonst reinkamen. Die Zahl 500.000 wurde dennoch erst überschritten, als am letzten Tag freier Eintritt gewährt wurde.

Zungenspur
"...denen, die ihr Herz der Freiheit und dem Frieden widmen" - Kaiser '77
ausstellung
* folienschnitttechnik - bilder *
Unal Tümer
Liebe kennt keine Grenzen!
21. Sept. - 27. Okt. 2024

21.09.2024 bis 27.10.2024
Dienstags 16:30 - 18:30 Uhr
Donnerstags 16:00 - 18:00 Uhr

Finnissage: 27.10.2024
Sonntag ab 15.00 Uhr
Konzert und gegrillter Fisch

Live Musik
Sahar Abdelmawani
Majaklein, Dichtern
und Aktivistin

ZiBB Zentrum für Interkulturelle Bildung und Begegnung e.V.
Hannah-Arendt-Str. 10
35394 Gießen

Gießen Kulturamt

Erkommen
Der Eintritt ist frei.

Zungenspur
Ausstellung
Folienschnitttechnik und Bilder
Unal Tümer
vom 21.9. bis 27.10.2024
Dienstag 16:30 bis 18:30 Uhr
Donnerstag 16 bis 18 Uhr
Finnissage: 27.10.2024 ab 15 Uhr:
Konzert und gegrillter Fisch
Eintritt frei
ZiBB – Hannah-Arendt-Str. 10

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo / DKP Gießen
Postfach 110340
35348 Gießen
oder E-Mail: giessen@dkp.de
Internet: www.giessen.dkp.de



DKP Gießen
bei YouTube,
Facebook und Instagram

Mach mit! Werde Mitglied in der DKP oder SDAJ